

„Wir müssen keinen Atomstrom importieren“



Claudia Kemfert leitet die Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und lehrt als Professorin Energieökonomie und Nachhaltigkeit in Berlin. Die 43-Jährige war Beraterin von EU-Präsident José Manuel Barroso und ist in Beiräten verschiedener Forschungsinstitutionen, Bundes- und Landesministerien sowie der EU-Kommission tätig. Sie ist Mitglied im Club of Rome.

Foto: Uwe Auferheide

ENERGIEWENDE (3) Ein Marathonlauf, der gerade begonnen hat – das ist die Energiewende für die Wirtschaftswissenschaftlerin Claudia Kemfert. Geduld und ein langer Atem zahlen sich demnach aus, denn mehr als in jedem anderen Land könne die Wirtschaft in Deutschland vom Umbau des Energiesektors profitieren.

Berlin – Atomausstieg bis 2022, schrumpfende Rohstoffreserven, Klimawandel – aber Claudia Kemfert sieht die Energiewende vor allem als Chance. Dem Land Bayern bescheinigt die Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gute Voraussetzungen, um seine Ziele zu erreichen.

Das bayerische Akw Grafenrheinfeld geht 2015 vom Netz. Das grenznahe Akw Temelin in Tschechien soll um zwei Reaktoren erweitert werden. Wieviel Atomstrom werden wir importieren?

Claudia Kemfert: Wir müssen gar keinen Atomstrom importieren, wenn wir in Deutschland und in Bayern ausreichend in Kraftwerke und Netze, in dezentrale Produktion und intelligenten Konsum sowie in das Energiesparen investieren. Wir brauchen Effizienzverbesserungen, und wir brauchen eigene Stromkapazitäten im Land. Vor allem benötigen wir ein kluges Marktdesign: Erneuerbare Energien weisen Volatilitäten (zeitliche Schwankungen) auf, diese können durch eine intelligente Steuerung von Angebot und Nachfrage sowie durch den Einsatz von Stromspeichern aufgefangen werden. Grundsätzlich brauchen wir aber auch den Europäischen Verbund und müssen uns stärker als bisher mit den Nachbarländern abstimmen.

Die einen propagieren eine europäische Stromwirtschaft mit Großanlagen. Die anderen sehen die Lösung in regionalen Kleinanlagen. Wer hat Recht?

Beide. Es wird beides geben und man sollte das eine nicht gegen das andere ausspielen. Man wird Großprojekte benötigen, wie Wind und Wasser und Speicherkraftwerke in Skandinavien, Sonnenanlagen in Südeuropa sowie dezentrale Anlagen vor Ort. Es entstehen immer mehr Energiegenossenschaften, Kommunen nutzen mehr und mehr erneuerbare Energien und eine dezentrale Versorgung. Das Ziel

der EU ist, den Anteil der erneuerbaren Energien in Europa auf 80 Prozent in 2050 zu erhöhen. Dazu bedarf es aller Lösungen.

Stromausfälle, explodierende Preise, die Rückkehr zu fossilen Brennstoffen und damit zur Zerstörung des Erdklimas – welche Folgen kann der Atomausstieg schlimmstenfalls haben?

Es kommt darauf an, wie wir den Atomstrom ersetzen. Wenn sehr viele Kohlekraftwerke zugebaut werden, werden die Emissionen steigen. Derzeit ist der CO₂-Preis zu niedrig, um ausreichende finanzielle Anreize für die Investition in Gaskraftwerke zu geben. Man müsste den Emissionsrechtshandel auf EU-Ebene durch die Reduzierung der CO₂-Zertifikatmenge sowie die Anpassung der Obergrenzen anpassen, damit der CO₂-Preis nicht noch weiter fällt. In erster Linie werden aber dezentrale erneuerbare Energien zunehmen. Der Strompreis wird dadurch nicht explodieren. Zwar wirkt die mögliche Zunahme der Förderung erneuerbarer Energien durch die EEG-Umlage preisstärkend, dafür sinkt aber an der Strombörse der Preis, wenn die erneuerbaren Energien zunehmen.

Mit russischem Gas gibt es immer wieder Probleme, die Zukunft der ölreichen Länder Nordafrikas ist ungewiss – sind die etablierten Technologien allesamt von gestern?

Es geht in der Tat nicht nur um den Ausbau erneuerbarer Energien sondern darum, die Wirtschaft prinzipiell unabhängiger zu machen von fossilen Energien, ganz zu Beginn vom Öl. Daher ist es wichtig, auf alternative Antriebsstoffe und Techniken zu setzen sowie auf die Energieeffizienzverbesserung insbesondere im Industrie-, Gebäude- und Mobilitätsbereich. Die Chemiebranche beispielsweise erforscht heute intensiv neue Antriebs- und Speichertechniken, Speicher sowie Effizienz- oder Dämmmaterialien. Diese neuen Techniken sind der

Schlüssel zur Energiewende. Die deutsche Wirtschaft kann wie keine andere von dem Umbau profitieren, da Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Infrastruktur, nachhaltige Kraftwerke und Mobilität fließen werden. Das schafft Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Oft wird die Subventionierung kritisiert – vor allem die Solarförderung, denn die deutsche Solarindustrie ist trotzdem am Ende. Die Chinesen dominieren den Markt. Was ist schief gegangen?

Auch chinesische Unternehmen leiden unter Kostendruck, Überkapazitäten und gesunkenen Nachfrage. In China werden neben den direkten Subventionen vor allem günstige Kredite und Finanzbedingungen für die in Schieflage geratenen Unternehmen bereitgestellt. Die Frage ist auch dort, wie lang man bereit ist, in diesem Umfang zu unterstützen. Die Solarenergie insgesamt ist eine Zukunftsbranche, in vielen Ländern der Welt wird die Nachfrage zunehmen. Jedes Unternehmen ist gut beraten, sich durch innovative Technologien und Produkte international gut zu positionieren.

Bayern gibt sich innovativ, hat aber für die Energiewende weniger günstige Bedingungen als die nördlichen Länder mit ihren Offshore-Windparks. Wo steht Bayern?

Bayern hat sich viel vorgenommen. Die Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien sind ambitioniert aber machbar. Bayern hat sehr gute Voraussetzungen durch exzellente Forschung und innovative Politik. Zudem sind hier wichtige Unternehmen zur Umsetzung der Energiewende ansässig. Bayern hat zu Recht erste Pilotprojekte eingerichtet, um die Energiewende „im Kleinen“ zu testen. Ich denke schon, dass Bayern die Energiewende stemmen kann, wenn man vor allem auf eine dezentrale Energieversorgung, Effizienzverbesserungen und ein kluges Marktdesign setzt.

Die „Thüringer Strombrücke“, die 380-kV-Leitung von Halle nach Schweinfurt, wird wohl nicht fertig sein, wenn Grafenrheinfeld 2015 vom Netz geht. Neue Kraftwerke werden auch nicht von heute auf

morgen gebaut. Welche Maßnahmen sind jetzt am dringlichsten?

Die Energiewende ist ein Marathonlauf, der gerade begonnen hat. Es bedarf einen langen Atem, Geduld und Ausdauer. Wichtig ist heute, dass man in Regionen wie Bayern, wo man in den kommenden acht Jahren alle Atomkraftwerke vom Netz nehmen wird, ausreichend in Ersatzkapazitäten investiert und vor allem auch die dezentralen Netze vor Ort intelligent ausweitet. Wir müssen jetzt für ein kluges Marktdesign Sorge tragen und viel mehr als bisher die Nachfrageseite mit einbeziehen. Schlussendlich benötigen wir Transparenz und Information, derzeit wird die Energiewende von den wenigsten wirklich verstanden. Die Menschen müssen mitgenommen werden. Das alles kann nur funktionieren, wenn es eine Institution gibt, welche verantwortlich ist und die Energiewende kurz- bis langfristig umsetzt.

Also ein Energieministerium?

Ja. Dabei geht es darum, dass die Verantwortlichkeiten und Kompetenzen eindeutig zugeordnet sind, die unterschiedlichen Interessen gebündelt werden. Sonst verzettelt man sich wie bisher an Einzelthemen, verliert das Ziel aus dem Blick und streitet weiter über Zuständigkeiten und Deutungshoheiten. Dafür haben weder Zeit noch Kraft. Die Energiewende darf nicht scheitern.

Das DIW forderte kürzlich ein nationales Stromspargesetz. Was versprechen Sie sich davon?

Nicht ein Stromspargesetz, aber die stärkere Fokussierung auf die Energieeffizienzverbesserung. Es wird zu sehr auf die Angebotsseite geschaut und oft außer Acht gelassen, dass man durch gezielte Effizienzverbesserungen vor allem die Auswirkungen auf Strompreis, Emissionen und Marktentwicklung substantiell positiv beeinflussen kann. Die Strompreise müssten nicht so stark steigen, die Emissionen würden geringer sein, die gesamte Energiewende kann vom Energiesparen profitieren. Das Energiesparen ist der „schlafende Riese“, den es zu wecken gilt.

Die Fragen stellte Natalie Schalk.



Höchstspannungsleitung für Offshore-Strom ist fertig

Büttel – Die Energiewende in Deutschland ist drei Kilometer vorangekommen. Der Netzbetreiber Tennet hat die Höchstspannungsfreileitung von Büttel zum Umspannwerk in Wilster gestern fertiggestellt. Die 380 000-Volt-Leitungen verbinden über elf Masten ein neues Umspannwerk mit der Hochspannungsleitung in Wilster. Das ist so etwas wie eine Autofahrt auf die Strom-Autobahn.

In zwei oder drei Jahren soll dort Strom aus Offshore-Windparks in der östlichen Nordsee angeliefert werden. Noch gibt es diese Windparks nicht. Der Windstrom wird weit draußen vor der Küste produziert, und das ist technisch aufwendiger, als an küstennahen Standorten zu

produzieren. Er wird auf hoher See von Wechsel- in Gleichstrom umgewandelt und über ein Kabel bis zur Konverterstation Büttel transportiert. Hier wird der Strom wieder in Drehstrom umgewandelt und ins Höchstspannungsnetz eingespeist.

Die Regierung plant offshore

Der schleswig-holsteinische Umweltminister Robert Habeck (Grüne) wertete die Fertigstellung der Leitung gestern aber als gute Nachricht für die Energiewende in Deutschland. „Es geht voran mit dem Netzausbau.“ Nach den Plänen der Bundesregierung sollen bis 2022 elf Gigawatt Offshore-Windkraft in der Nordsee produziert werden. *dpa/dapd*

KOMMENTAR

Undurchsichtige Argumente

Die Wahrheit über die Energiewende ist schwer herauszufinden. Ein Beispiel: Bei den Befürwortern der 380-kV-Leitung durch den Thüringer Wald klingt es, als wäre die



Natalie Schalk

Trasse eine Folge der Energiewende, um Wind-Strom nach Süddeutschland zu transportieren. Beschlossen wurde sie aber vor der Energiewende. Als es darum ging, die Lauf-

zeiten der Atomkraftwerke zu verlängern. Neue Leitungen sind heute sicher nötig. Aber welche sind wirklich wichtig? Und warum? Was steckt hinter den Argumenten? Wer profitiert? Die Transparenz fehlt. Es fehlen objektive, vertrauenswürdige Stellen, die den Schreckensszenarien und rosaroten Utopien verschiedener Lobbyisten realistische Pläne entgegenstellen. Vielleicht muss es nicht gleich ein Energieministerium sein, wie Claudia Kemfert es fordert. Aber nur eine unabhängige, gut ausgestattete und mächtige Stelle kann den Energiemix von kommunalen Strukturen bis hin zu europaweiten Verbänden koordinieren.

Fränkischer Tag

Unabhängige Tageszeitung in Franken/Volksblatt

Herausgeber: Mediengruppe Oberfranken - Zeitungsverlage Verwaltung GmbH, AG Bamberg, HRB 6215, vertreten durch die Geschäftsführer Walter Schweinsberg und Philipp Magnus Froben
Chefredakteur Lokalredaktionen (verantwortl. i.S.d.P.): Frank Förtisch
Chefredakteur Mantel/Neue Medien (verantwortl. i.S.d.P.): Christian Reinisch

Überregionale Seiten werden erstellt von: Mediengruppe Oberfranken-Mantelredaktion GmbH & Co. KG, Bamberg. Leitende Redakteurin in der Chefredaktion: Heike Groll. Art Director: Michael Karg.
Chefin vom Dienst: Petra Breunig. Leitender Redakteur: Adrian Grodel.
Lokalseiten werden erstellt von: Mediengruppe Oberfranken-Redaktionen GmbH & Co. KG, Bamberg. Leitende Redakteure: Stefan Fösel, Bamberg; Gertrud Glöckner-Möschke; Forchheim: Michael Memmet; Höchstädt/Herzogenaurach: Michael Schulbert; Lichtenfels: Bernhard Brandt; Haßberge: Klaus Schmitt; Kronach: Alexander Müller. **Chefreporter:** Michael Wehner. **Verlag:** Mediengruppe

Oberfranken-Zeitungsverlage GmbH & Co. KG, Gutenbergstraße 1, 96050 Bamberg.
Geschäftsführer: Walter Schweinsberg, Philipp Magnus Froben. **Anzeigenleitung:** Philipp Gatz, Stellvertreter: Stefan Apfel, Bernd Seidel. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 58a vom 1.2.2012 (inklusive Zeitungsring Oberfranken).
Vertriebsleitung: Sandra Kotschenreuther, Stellvertreterin: Yvonne Fuchs.
Druck: Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG, Gutenbergstraße 11, 96050

Bamberg. **Internet:** www.infranken.de **Bezugspreis:** 27,10 € monatlich, incl. Zustellung und 7% MwSt.; Postbezugspreis: 31,40 € monatlich, incl. 7% MwSt. Abbestellungen nur zum Monatsende und bis spätestens 5. schriftlich beim Verlag. Auflage IWV-kontrolliert. Alle Rechte gemäß § 49 UrhG vorbehalten. © für Text und von uns gestaltete Anzeigen beim Verlag. Nachdruck, Vervielfältigung u. elektronische Speicherung nur mit Zustimmung des Verlages. Es gelten die AGB für Anzeigen und Vertrieb unter „www.infranken.de“. Erfüllungsort sowie ausschließlicher Gerichtsstand ist Bamberg. Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.